Sozialistische Beiträge

1

Parteienkartell - Menetekel der Wirtschaft - Jalta - Notstand-Diktatur des Geheimen - Parteienmonopol - Kritische Theorie: Herbert Marcuse - Indonesien: Austritt aus der UNO - Buchkritik - Vorurteil

FACIT

„Man muß die Gedanken so vermehren, daß die Zahl der Wächter nicht mehr ausreicht."

Stanislaw Jercy Lec

Mit „facit" wollen wir nicht den Anspruch erheben, fertige sozialistische Theorie zu vertreiben.

Wir möchten aber dazu verpflichten, unsere Beiträge zu lesen und nicht nur zu konsumieren. Daher sparen wir das ohnehin genug verbreitete Feuilleton, Karikaturen, halbgewichtigen Klatsch und Bilder aus. Wir verzichten bewußt auf solche Mittel, da wir glauben, daß noch keineswegs alle unter den Zwang des Konsums geraten sind.

„facit" soll der Versuch sein, dem nicht geringen Rest der Studenten, die nicht völlig entpolitisiert sind und sich dem Wissenschaftsbetrieb noch nicht integriert haben, die Möglichkeit zu geben, ihr Unbehagen an einem Ort wenigstens vortragen zu können.

Februar 1965

Unkostenbeitrag: 0,50 DM

Herausgeber: SDS — Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Köln

Verantwortlich: Gunnar Matthiessen — Herbert Lederer

Redaktionsadresse: Mare Becker, Köln-Dellbrück, Anemonenweg 8

Der gesamten Auflage liegt ein Prospekt der Büchergilde Gutenberg bei.

Parteienkartell

Die Resultate der Diskussionen über innenpolitische Themen — der Weg der SPD in die Restauration, der Verfall der CDU, Notstand, Atomminengürtel, Landesverrat, Parteienfinanzierung etc. — zwingen zur häufig resignierenden Einsicht, daß sich dem kaum noch verschwiegenen politischen Ausverkauf nun endgültig auch der demokratische verbündet. Rundfunk und Presse unternehmen immer neu die Anweisung, wie einzelnen Mißständen abzuhelfen sei. Niemöller exponierte sich soweit, zum Boykott der wählbaren Parteien aufzurufen. Die Aufregung, die er verursachte, steht im offensichtlichen Mißverhältnis zur effektiven Wirkung dieser politischen Forderung. Ihre Erklärung findet sie in der Furcht der Parteien, in ihrem wesentlichen Funktionszusammenhang erkannt zu werden. Niemöller zielte auf mehr, als nur auf einzelne Mißstände hinzuweisen, er zielte auf die tabusierte Struktur der Parteien selber, die nur verständlich wird, wenn man ihre Entwicklung seit Kriegsende verfolgt.

Nach Zusammenbruch des Faschismus hatte nicht nur die SPD, sondern auch die CDU in Ahlen ein politisches Programm verkündet, dem die heutigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse grundlegend widersprechen. Die westdeutsche Demokratie hat einen Status erreicht, der alle ersten Hoffnungen auf eine wirkliche Demokratie endgültig zunichte macht. Viele hielten damals die Zeit für gekommen, die Basis des Faschismus durch eine fundierte Demokratie, die sich von unten nach oben aufbaute, definitiv zu zerstören. Sozialisierung, Planung, Arbeiterselbstverwaltung stimmten selbst jene als einer unabdingbaren Notwendigkeit für die Errichtung einer stabilen Demokratie zu, die solcher Staatsform naturgemäß nicht geneigt sind. Durch die Aufbauleistung der Arbeiter nach dem Krieg sahen sich die Unternehmer gezwungen, solch für sie widersinniges Programm zu verkünden. Nicht wenige in Deutschland, denen Demokratie nicht nur eine Angelegenheit war, der die Sieger die Besiegten verpflichteten, erhofften paradoxerweise von der bürgerlich-kapitalistischen USA die Unterstützung ihrer demokratisch-sozialistischen Pläne. Antifaschismus, Entnazifizierunug und die entschieden anti-kartellistische Einstellung der USA verführten zur Hoffnung, sie werde in Deutschland unterstützen, was im eigenen Land sie radikal bekämpfte.

Unvereinbar mit solcher Hoffnung war allein schon die Tatsache, daß sich die Entnazifizierung nicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse erstreckte, unter denen und mit deren Hilfe der Faschismus möglich wurde, sondern nur sich gegen die Personen richtete. Verhaftung der Großunternehmer, teilweise Demontage und Entfilzung der Unternehmen, deren Engagement mit dem Faschismus offenkundig war, änderten nichts an dem wirtschaftlichen status quo. Vielmehr restaurierte sich der westdeutsche Kapitalismus im Gegensatz zu aller Hoffnung gerade durch Intervention Amerikas, das seine Einflußsphäre in Europa und international sichern mußte. Die Absicht, Europa als wirtschaftlichen Konkurrenten zu liquidieren, änderte sich in die Einsicht, daß von Europas wirtschaftlichem Potential die Sicherheit des amerikanischen Kapitalismus abhing. Der internationale Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus verlangte, in Deutschland verstärkt reproduziert zu werden. Der Mangel an wirksam gesteuerter Massenbewegung zur Verwirklichung der Pläne, sicherte denen, die am Faschismus partizipierten, neu wieder den wesentlichen Einfluß. Im und mit dem Grundgesetz wurden bereits wieder die gesellschaftlichen Verhältnisse sanktioniert, deren Schuld am Faschismus man kurz zuvor noch öffentlich bekannt hatte. Die Forderungen nach einem demokratischen Sozialstaat

(Art. 20/28) wurden uminterpretiert in einen „autoritären Besitzverteidigungsstaat" (Schumacher, 21. 9. 49) unter dem Diktat der Wohlfahrtsideologie. Die realen Verhältnisse der Weimarer Zeit verkürzte man auf Symptome, die sich allenfalls noch psycho-pathologisch erklären ließen. Allein im Grundgesetz wird noch transparent, daß man die Ursache für die Degeneration zum Faschismus richtig einkalkulierte.

In der Weimarer Republik waren die Parteien noch die realen Träger des sozialen Konflikts und das Parlament der Ort, an dem dieser ausgetragen wurde. Eine Demokratie, in der die politischen Institutionen sich nicht zu Institutionen abstrakter politischer Macht verselbständigen, sondern die realen sozialen Verhältnisse reproduzierten, zwang den Kapitalismus, wollte er überleben, zu ihrer Aufhebung. Die „schwache konstitutionelle Ordnung" Weimars war nur insofern schwach, als sie dem Kapitalismus nicht die gesicherte Basis lieferte, von der aus er unangefochten autoritär herrschen konnte.

Das Nachkriegsdeutschland, wollte es den Kapitalismus als feste wirtschaftliche Ordnung wieder etablieren, konnte daher das Versprechen einer Demokratie zwar formal, aber nicht inhaltlich einlösen. Mit der Rekonzentration der wirtschaftlichen Macht mußte sich auch deren autoritäre, willkürliche Herrschaftsstruktur in den politischen Institutionen niederschlagen. Der Substanzverlust der politischen Demokratie gründet in der Notwendigkeit, den Kapitalismus vor dem Konflikt mit der Gesellschaft abzusichern. Der juristisch nicht immer faßbare Widerspruch zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassungsnorm ist in dieser schon angelegt. Von Anfang an wurde sie derart konstituiert, daß sie den Bedürfnissen des Kapitalismus eher entsprach als denen einer Demokratie. Die Artikel, die eine Umwandlung in eine sozialistische Demokratie forderten, versandeten in der ideologischen Deutung vom kapitalistischen Wohlfahrtsstaat. Bewußt sollte die Verfassung sich nicht auf die gesellschaftliche Entwicklung erstrecken. Die Exekutive wurde mit einer Macht ausgestattet, die die Autorität, statt sie zu beschränken, noch bestärkte in ihrem Anspruch, d. h. ihr reichlich Spielraum ließ, die gesellschaftliche Entwicklung zu lenken. Assistiert wurde ihr von der keineswegs demokratisierten Prese, die ihr herab von der FAZ bis „Bild" den ideologischen Unterbau für die Autoritätstheorie lieferte. Diese wurde allein nötig, und hier kommt die Ideologie zu ihrer paradoxen Wahrheit, um einen neuen Faschismus zu verhindern. Die traditionellen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktion, wie sie heute ungeachtet aller Versuche, sie durch neue Theorien zu verschleiern, noch existiert, verlangen nach gesellschaftlicher Produktion — aber ohne gesellschaftliche Kontrolle. Die politischen Institutionen müssen so angelegt sein, daß sie wirksam das Verlangen nach Kontrolle blockieren. Der reale Konflikt der Gesellschaft muß in ihnen ideologisch befriedet sein. Diese Funktion erfüllen heute Begriffe wie „Pluralismus" und „soziale Partnerschaft", die verschleiern sollen, was tatsächlich nicht ist.

Unter diesem Aspekt ist bereits der Art. 21 angelegt, der formal die Funktion vorwegnimmt, die die Parteien heute inhaltlich einnehmen: ihre Institutionalisierung. Die Forderung nach demokratischem Aufbau der Parteien, Parteiengesetz und Einblick in die Finanzquellen ist, wenn sie nicht schon für die Widersprüchlichkeit dieses Artikels, ja, der ganzen Verfassung zeugt, durch die tatsächliche Entwicklung bis zur Bedeutungslosigkeit nivelliert. Die 5 %-Klausel, die das Argument gegen die Existenz eines Pluralismus ist, da sie eine Parteiengründung quasi unmöglich macht, ist aus Angst des Kapitalismus vor dem Weimarer Zustand in die Verfasung eingegangen, aber auch, um die Institutionalisierung der Parteien zu beschleunigen. So stehen heute zwar die Finanzierungen der Parteien durch den Staat im Widerspruch zur Demokratie, aber nicht zu den tatsächlichen Verhältnissen,

Stalin/Churchill Briefwechsel

- **Warum duldete Churchill Geheimverhandlungen mit Himmler über die Kapitulation an der Westfront?**
- **Warum internierte Stalin die Besatzung der englischen Geleitzüge?**
- **Warum schlug Churchill bereits 1943 die Oder-Neiße-Linie und die Aussiedlung vor?**
- **Warum ließen Stalins Truppen tatenlos die SS den Warschauer Aufstand niedermetzeln?**
- **Warum stieß Eisenhower trotz Churchills dringender Mahnung nicht nach Berlin vor?**

Antwort gibt: Stalin/Churchill, Die unheilige Allianz Stalins Briefwechsel mit Churchill 1941—1945. Einleitung und Erklärung: Manfred Rexin / Redaktion: Gerhard Schoenberner. 480 S. Rowohlt Paperback 34. DM 14,80

Rowohlt

zur Verfassungswirklichkeit. Durch ihre Verstaatlichung haben sich die Parteien längst den Bedürfnissen des Kapitalismus angepaßt. Ihre wirklich traurige Leistung ist, da sie sich schon für den Kapitalismus entscheiden, bislang die Erneuerung des Faschismus erübrigt zu haben. Ihr Verzicht war der auf Demokratie. Längst schon, einerlei ihrer qualitativen und quantitativen Mitgliedschaft, sind sie zur reinen Herrschaftsfunktion degeneriert. Soll Weimar nicht wiederholt werden, muß der soziale Konflikt aus Parlament und Parteien herausgehalten werden. Die Parteien erfüllen keinen sozialen Auftrag mehr, im Parlament werden die Herrschaftsfunktionen sanktioniert. Kaum deutlicher kann diesen Zustand die Äußerung Wehners erhellen, der die „Arbeiter an den Staat heranführen" will, statt diesen an die Arbeiter. Der Staat und mit ihm die verstaatlichten Parteien führen ein Leben jenseits der Gesellschaft. Der Kapitalismus hat sich in den verselbständigten politischen Institutionen ein Instrument geschaffen, das ihm erlaubt, zumindest formal-demokratisch zu existieren: durch Abstraktion von der Gesellschaft und die Liquidierung jeder sozial verpflichteten Opposition. Der Konflikt, der nicht mehr in die politischen Institutionen hinein vermittelt werden kann, wird nun auf der gesellschaftlichen Ebene ausgetragen: zwischen Gewerkschaft und Unternehmern. Mit der Strategie Lebers läuft der Rest Demokratie auch noch hier Gefahr, zur Null nivelliert zu werden. Sein Vermögensplan, seine Partnerschaftsideologie, die Streikabstinenz sind Anzeichen, daß er auf gesellschaftlicher Ebene nachvollziehen will, was auf politischer von Wehner besorgt wurde. Assistiert wird beiden von der

Presse, die lediglich eine modifizierte, keineswegs aber systemkritische Opposition verlangt. Die Allparteienherrschaft würde ihre definitiv letzte soziale Entsprechung durch die „Partnerschaft" erhalten. Die Unterordnung der Gesellschaft unter den Staat würde, da die Integration der Parteien in den Staat bereits vollzogen ist, einem Zustand zumindest formal identisch sein, der auf 1933 zurückdatiert. Die Anpassung der Parteien an den Staat ist nicht die an das Verfassungsrecht, sondern dessen juristisch kaum faßbare Unterhöhlung. Alle Diskussion um einzelne Probleme muß von dieser Basis aus verstanden werden. Die Neuzulassung der KPD kann sich nicht nur aus der bestehenden Rechtsnorm ableiten. Denn was früher an Rechtsgrundsätzen geschaffen wurde zur Absicherung eigener Interessen gegen feudale Verfügung, findet Gebrauch heute zur Sanktionierung der bestehenden Ordnung. Hierin liegt die zweite Voraussetzung — neben der Parteienintegration —, mit der der Kapitalismus in einem formaldemokratischen Staat funktionieren kann.

Die Möglichkeit der SPD, sich wieder zu einer neuen Opposition umzustruktuieren, entscheidet sich nicht im pragmatischen Grundsatzprogramm, sondern allein im theoretischen. Pragmatisch oppositionelle Politik mündet allemal im Bestehenden. Der von der SPD diffamierte „wissenschaftliche Sozialismus", den sie verneinte, um gegen die soziale Schicht der Wähler die Politik dem Pragmatismus zu verpflichten, wäre die Voraussetzung für eine wirklich neue Opposition. Sich zu lange bei dieser Möglichkeit der SPD aufzuhalten, würde nur den Blick dafür trüben, was tatsächlich geschehen wird. Wo die Entwicklung der SPD nicht im Zusammenhang mit der sozialen gesehen wird, sondern auf irgendwelche austauschbaren wahltaktischen innerparteilichen Beschlüsse verkürzt wird, läßt man den Schleier fallen über unseren tatsächlichen demokratischen Status. Daß in der SPD kaum die Spur noch von Bereitwilligkeit zur Opposition sich zeigt, verdeutlicht ihre Beteiligung an der Notstandsgesetzgebung. Kaum würde sie ihr zustimmen, hätte sie die Absicht, zur Opposition sich noch einmal zurückzuschlagen. In einem Zustand zunehmender Konsolidierung der politischen und sozialen Verhältnisse kann der Anlaß zur Notstandsgesetzgebung nicht die potentielle Rückkehr der SPD in die Opposition sein. Im Blickpunkt steht vielmehr die potentielle Opposition der DDR. Die zunehmende Verhärtung der innenpolitischen Struktur der BRD und die mögliche Attraktion der DDR, deren wirtschaftliche und demokratische Entwicklung keineswegs auf den jetzigen Status reduziert bleiben muß, zwingen die westdeutschen Politiker zur Kalkulation, daß die DDR innerhalb Westdeutschlands selber eines Tages als legitime Nachfolge der SPD verstanden werden kann. Die Ideologie, daß Deutschland in einem „permanenten Bedrohungszustand" lebt, kommt hier wiederum zu ihrer paradoxen Wahrheit, in anderem Sinne jedoch als vorgegeben. Die Notstandsgesetzgebung aus der Sicht der Bonner Parteien verstößt nicht gegen die Verfassungsnorm, da sie lediglich deren inneres Prinzip dokumentiert: die Verfestigung der bestehenden Ordnung.

Die Ursache für den Ausverkauf der Demokratie ist im System selbst, nicht in dessen einzelnen Faktoren aufzusuchen. Über den Verlauf der Gesellschaft entscheidet immer noch nicht diese selbst, sondern die immanente Logik der kapitalistischen Produktion.

G. Matthiessen

JALTA

Vor zwanzig Jahren, vom 4. bis 11. Februar, handelten die Sieger des 2. Weltkrieges ihren Anteil an Deutschland aus. Für Churchill, hätte er diesen Jahrestag noch erlebt, wäre es kein Anlaß zur positiven Erinnerung gewesen. Als einziger der großen Drei konnte er nur eine schwindende Macht in die Waagschale werfen. Von seinem Standpunkt aus war das Konferenzergebnis eine Niederlage. Der 2. Weltkrieg sah ihn nur als symbolischen Sieger, tatsächlich aber endete für den Konservativen Churchill mit dem Untergang Deutschlands als europäischer Großmacht auch die Großbritanniens. Für den Antikommunisten Churchill war es bitter, zu sehen, daß beider Erbe in Europa Rußland antrat. Ein nur geringer Trost war, daß nun die USA die Rolle einnahmen, die einstmals die britische Diplomatie ausfüllte, freilich in einer jetzt anderen Form, nämlich in Gestalt offener militärischer und wirtschaftlicher Macht, der Großbritannien nur die Rheinarmee als Schatten seiner ehemaligen Größe entgegenhalten konnte. Im übrigen war Churchills gesamte politische Existenz ein einziger Widerspruch zu dem, was eine findige Ideologie in ihm zu sehen vorgab; denn vom ersten Tage seines politischen Wirkens an war er Vollzugsbeamter der Liquidierung eines Empire, dessen Weltherrschaft mit dem aufstrebenden Kapitalismus begann und dessen Ende das Ergebnis einmal der siegreiche Aufstieg des Vierten Standes im Weltmaßstab und zum anderen die gnadenlose Konkurrenz eines mächtigeren Imperialismus war, der zwar die gleiche Sprache, aber die größere Dynamik besaß.

Die Ergebnise von Jalta bewiesen, daß allein diese Mächte zu den Herren der Welt avancierten. Die Antagonismen innerhalb des Westens reduzierten den Kapitalismus durch zwei Weltkriege hindurch auf eine einzige Führungsmacht, die USA, und schufen zugleich deren klassenpolitische globale Polarisation, die Sowjetunion und China.

Wenn nun der bekannte Publizist Walter Görlitz in einem Artikel über „Jalta und die Folgen" in der „Welt" (30. Jan.) „die beklagenswerte Schwäche der meisten amerikanischen Staatsmänner im Gebrauch der Macht" durch die Haltung des damaligen US-Präsidenten Roosevelt bewiesen sieht, so hat er nichts anderes im Auge. Nur zeichnet sich durch eine solche Betrachtungsweise unter der Hand die Kontinuität einer geschlagenen deutschen Ostpolitik ab, die noch weiterging und -geht, als es die USA damals für notwendig und vertretbar hielten. Amerika konnte auch nicht weitermarschieren; denn sein Eintritt in den zweiten Weltkrieg geschah unter dem propagandistischen Effekt eines demokratischen Antifaschismus und unter der realistischen Voraussetzung der Zerschlagung der deutschen Kapitalkonkurrenz. Wären Roosevelt, Truman und die sie tragende Klasse weitergegangen, sie wären gestürzt worden. Aber schon Truman ließ wenig später keinen Zweifel daran, daß es ihnen klar war. Er leitete die ideologische Rechtfertigung eines erneuten Waffengangs ein. Seither geht es um die Weltherrschaft. Mit der Ausschaltung der mächtigsten Konkurrenz soll auch das Ergebnis von Jalta korrigiert werden. Die herrschende westdeutsche Ideologie bereitet uns auf diese Stunde der „freien Welt" mit Leidenschaft und Konsequenz vor.

Erich Gerards

Menetekel der Wirtschaft

Trotz eines relativ stabilen Preisniveaus in den letzten Monaten — bedingt durch die anstehenden Bundestagswahlen, wobei die Industrie durch Preisdisziplin der CDU propagandistische Schützenhilfe leistet — steht das Menetekel der Geldentwertung in der wirtschaftspolitischen Diskussion an erster Stelle. Hierfür sorgt vor allem der durch Gesetz geschaffene „Sachverständigenrat", ein Gremium von drei Professoren und zwei „Praktikern", das im ersten Jahresgutachten hinsichtlich der Geldwertstabilität pessimistische Schlußfolgerungen vermittelte. Der Gutachterausschuß nahm sich dieser Frage wohl nicht nur aufgrund des gesetzlichen Auftrags an, nachdem sich seine Tätigkeit vor allem darauf zu richten habe, wie Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" aufrechtzuerhalten sind. Denn tatsächlich wird die Frage nach der Preisstabilität in der Praxis immer dringender. Jährlich nimmt der Wert der Mark ab, und dieser Schwund — bis jetzt bereits über 30 %, d. h. die Mark ist im Vergleich zu 1948 heute nur noch 67 Pfennige wert — beginnt nun die Grenze zu übersteigen, die bislang, gemessen am allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum, als adäquat erschien. Vermögende „Wirtschaftssubjekte" sind deswegen nicht weiter beunruhigt; die Masse der Einkommensbezieher, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt, und die Rentner, werden durch diese Entwicklung am ersten und schwersten betroffen.

Daß die Inflation „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung", also des privatkapitalistischen Systems, verhindert werden soll, darüber müssen nun „Gutachten" abgegeben werden. Der letzte Ratschlag lief darauf hinaus, die Bundesregierung möge dazu übergehen, das Prinzip fester Devisenwechselkurse durch eine Regelung zu ersetzen, nach der die Währungen entsprechend des Werts ihrer Kaufkraft gehandelt werden sollten. Das würde beispielsweise bedeuten, daß der Dollar gegenüber der DM dann nicht mehr etwa vier Mark — nach dem international festgelegten Zwangskurs —, sondern nur noch rund zwei Mark — nach seiner tatsächlichen Kaufkraft in den USA — austauschbar sein würde. Was das Gutachtergremium dazu bewog, für die tatsächlichen Kaufkraftparitäten einzutreten, ist vom Standpunkt der Logik verständlich. Es soll die „importierte Inflation" verhindern, die der Ausschuß derzeit als das größte Übel betrachtet: Infolge der inflationären Entwicklung in anderen Ländern strömt „heißes Geld" in die BRD, so daß hierdurch ein permanenter Geldüberhang entsteht. Würde der Dollar nach seiner Kaufkraft gehandelt werden, wäre zum einen der „Schnitt", den er in der BRD durch den fixierten Umtauschkurs macht, unmöglich, zum anderen aber seine Stellung als „Leitwährung" erschüttert: Die Realisierung des Gutachterplans käme seiner offiziellen Abwertung gleich. Aus politischen Gründen müßte die Bundesregierung diesen Vorschlag verwerfen; denn eine Abwertung des Dollar würde das westliche Wirtschaftssystem in eine unübersehbare Krise stürzen.

Wir haben es hier mit einem Vorgang zu tun, der die Irrationalität als wesentliches Prinzip der privatkapitalistischen Ordnung sichtbar werden läßt. Die Wirklichkeit befindet sich im Widerspruch zum vorgegebenen rationalen Grundsatz. Da der Dollar seinem tatsächlichen Wert nach nur noch die Hälfte des einmal festgelegten Kurses ausmacht, wäre nichts sinnvoller, als diesen Kurs zu korrigieren. Es wäre die Konsequenz der Einsicht, daß, im internationalen Maßstab betrachtet, die Wirtschaft der USA im Niedergang begriffen ist. Nach den Regeln der freien Konkurrenz müßte dies im Preis der amerikanischen Währung seinen Ausdruck finden.

Der Grund für den wirtschaftlichen Niedergang der USA ist die Rüstung, die heute schon 60 % des Haushalts umfaßt, aber das einzige Mittel bleibt, die Arbeitsplätze von Millionen Amerikanern zu erhalten. Rüstungsmilliarden stellen jedoch Kaufkraft dar, der kein reales Güterangebot gegenübersteht. Gleiches gilt natürlich für die BRD, ja für jeden kapitalistischen Staat. Infolgedessen sind die Währungen des Westens auch dem Siechtum preisgegeben, es sei denn, die herrschende Schicht entscheidet sich gegen die volle Beschäftigung, für parasitäre, nicht konsumierbare Produktion und Massenarbeitslosigkeit.

Wenn nun der Gutachterkreis das Problem des Währungsverfalls vornehmlich durch die Eindämmung der „importierten Inflation" lösen will, so mag dies auf den ersten Blick hin zwar plausibel erscheinen, er verkennt aber entweder völlig den wirklichen Zusammenhang oder will ihn nicht erkennen und aussprechen. Beides spricht jedoch nicht gerade für wissenschaftliche Einsicht. Denn es sollte dem Kreis klar sein, daß durch den ungeheuer hohen Nachholbedarf nach den Zerstörungen des Krieges die westdeutsche Wirtschaft eine Konjunktur sui generis besaß, verstärkt durch die einmalige Exportchance, die der Koreakrieg infolge des Ausfalls amerikanischer Exporte bot, und initiiert durch die Marshallplanhilfe, als der Dollar noch höher im Kurs stand. Davon zehrt die westdeutsche Wirtschaft bis heute, und es konnten die Preise stabiler gehalten werden als in den Ländern, die ihr Kolonialreich zu retten versuchten, oder, wie die USA, ihre globale Einflußsphäre sichern und erweitern wollten.

Wenn nun die Währungsstabilität auch in Westdeutschland zu wanken beginnt, so zeigt dies an, daß dieser Konjunkturabschnitt seinem Ende entgegengeht. Außerdem trägt die besondere Situation der BRD als Systemkonkurrent zur DDR dazu bei, daß der Geldwert durch eine Subventionspolitik untergraben wird, die normalerweise von der herrschenden Schicht nicht gebilligt worden wäre. Ruinös ist aber letzten Endes die Rüstung, deren Ausmaß nicht allein vom Budget bestimmt wird, sondern ebenso von Investitionen, die von der Industrie zu Rüstungszwecken durchgeführt, statistisch aber unter „privat" rubriziert werden. Hier die multiplikative Wirkung einfach zu ignorieren, grenzt an Mißachtung des gesetzlichen Auftrags. So steht der gut gemeinte Ratschlag der Sachverständigen alles in allem im luftleeren Raum. Wie immer im privaten Monopolkapitalismus bleibt die Wissenschaft lediglich Staffage für unrealisierbare Ziele und soll offenkundige Widersprüche verschleiern helfen. Das Quentchen Logik, das sie in den Irrationalismus einbringen will, scheitert an politisch-systemimmanenten Faktoren, die nicht mehr in Westdeutschland bestimmt werden, sondern ausschließlich im Entscheidungsbereich der USA liegen.

Gerhard Bessau

taschenbuch keller

immer alle taschenbücher
alle bedeutenden deutschen serien
alle bedeutenden ausländischen serien
alle lieferbaren titel vorrätig

hbf + barbarossaplatz

Notstand: Diktatur des Geheimen — Vertrauen zur Führung

Die Anzahl der politischen Strafverfahren ist Staatsgeheimnis. Die Nachfrage bringt einem Saarbrückener Doktoranden die politische Polizei ins Haus.

Das Bundespostministerium erklärt sich nicht bereit, die Anzahl der nach dem verfassungswidrigen „Verbringungsgesetz" wegen des Verdachts staatsgefährdenden Inhalts geöffneten Sendungen zu nennen. Die Geheimhaltung dieser Zahl sei notwendig, um dem politischen Gegner nicht Propagandamaterial zu liefern.

Gegen Aug- und Weinstein wird ein Landesverratsverfahren eröffnet, weil sie die nicht „Foreign Affairs" lesende bundesdeutsche Öffentlichkeit über die selbstmörderischen Atomminenpläne des Generalstabs aufklärten, im Grunde nur repetieren, was von Hassel am 17. 11. 1964 in Washington referierte.

Dr. Schäfer, in „Pardon" 1/65 zu Höcherls Staatssekretär avanciert, Notstandsfachmann der SPD, drückt in einem Vortrag zu „Problemen der Notstandsgesetzgebung" am 18. 1. 1965 in der Kölner Universität seine Freude über die unruhige öffentliche Diskussion um die Gesetze aus. Was anderes als Zynismus muß man jedoch darin erblicken, wenn Dr. Schäfer wenig später verkündet, die Kritiker der Notstandsgesetzgebung kämpften gegen ein Phantom, der Höcherl-Entwurf sei in den geheimen Ausschußsitzungen zum großen Teil auf Betreiben der SPD-Mitglieder modifiziert! Welch Verständnis von Öffentlichkeit und Demokratie und ihrer Interdependenz verrät der „mit Vorlesungen an der Universität Köln beauftragte" Sozialdemokrat Dr. Schäfer, wenn er die Geheimhaltung der Änderungen mit dem Argument rechtfertigt, die Veröffentlichung des jeweiligen Standes würde die Verständigung der drei verhandelnden Parteien unnötig erschweren, seine zu Anfang hoffnungsfroh bekanntgegebene Prognose von der Verabschiedung der Gesetze zwischen Ostern und Pfingsten dadurch gefährden! Was trennt ihn noch von dem wegen seiner recht eigenen Auffassung von Demokratie bekannten Bundestagsvizepräsidenten Dr. Jäger (CSU), der nach der Wehrdebatte am 22. 1. 1965 äußert: „Es gibt höhere Pflichten als die Unterrichtung der Öffentlichkeit: die Verteidigung des Vaterlandes und die Erhaltung des westlichen Bündnisses." Für Dr. Schäfer reicht schon die Erhaltung des Parteienbündnisses in Sachen Notstand aus zur Apologie für die Nichtunterrichtung der Öffentlichkeit.

Mit dem Taschenspielertrick — eine seriösere Bezeichnung würde den Sachverhalt nur verfälschen —, die Notstandsgesetze seien aus demokratischen Gründen notwendig, da nach dem augenblicklichen Rechtszustand die Alliierten Notstandsbefugnisse an die Exekutive delegieren können, widerspricht sich Dr. Schäfer selbst („Wenn eine deutsche Bundesregierung aufgrund alliierten Rechts in Deutschland mit solchen [Notstands-] Vollmachten regieren wollte, würde sie sich in Gegensatz zum Grundgedanken der Verfassung setzen." 24. 1. 1963, Bundestag) und gibt den Gegnern der Demokratie ein Argument in die Hand, mit dem sie sich bei Verfassungsbruch über die vom Grundgesetz gezogenen Grenzen hinwegsetzen könnten.

Höcherls Verbot der Vereinsfreiheit möchte Dr. Schäfer dahin modifiziert sehen, daß es nicht die Existenz, sondern die Tätigkeit eines Vereins betreffe. Im Falle der Brieftauben zum Beispiel scheint nicht ihre Zucht, sondern ihre groteske Funktion als mögliche Übermittler geheimer Nachrichten während des Krieges bedenklich. Die Frage, welches der von Prof. von Weizsäcker in einem Hearing beschriebenen Kriegsbilder sich wohl hinter solchen Überlegungen verberge, erhielt zur Antwort, Krieg und Notstandsgesetz hätten nichts gemeinsam. Ein Kriegsbild zumindest wurde erwähnt: Bürgerkrieg — Einsatz der Bundeswehr gegen unzufriedene Massen — Reichswehrassoziation: Soldaten schießen auf demonstrierende Arbeiter und Studenten.

Die Ausführungen Dr. Schäfers mögen den Großteil der Anwesenden beruhigt haben. Die Gewerkschaften, bei denen Dr. Schäfer und Ernst Benda am 13. 1. einen Tag lang ihr Glück versucht hatten, quittierten das demokratische Anliegen der Notstandsfachleute: „Notstandsgesetze? — Nein!" (Otto Brenner, »Metall«, 26. 1.) Leider bleibt es bei dem verbalen Nein der Gewerkschaft, die als einzige außerparlamentarische Kraft in der Lage ist, durch Streik oder organisierte Demonstrationen, die Notstandsgesetze zu verhindern.

Zumindest aber von dem merkwürdigen Schlußappell Prof. Hermens, doch mehr Vertrauen in die Regierenden zu setzen, distanzierten sich deutlich einige Studenten. Erinnern doch gerade diese Worte des Kölner Politologen an die Immatrikulationsrede des Hamburger Staatsrechtslehrers Herbert Krüger: „... die politische Grundstimmung des 3. Reiches: das Vertrauen, Vertrauen zwischen den Volksgenossen untereinander, vor allem aber zwischen Führer und Gefolgschaft." [1])

Mißtrauen, wie Professor Ridder es formuliert, ist angebracht: „Im Hinblick auf diese Praxis, die die Notstandsinstitute zur Überleitung in ein undemokratisches Regime mißbraucht hat, und auf die unbestreitbare Tatsache, daß die Deutschen nicht aus eigener Kraft in der Lage gewesen sind, sich der u. a. auch durch diese Praxis begünstigten nazistischen Herrschaft zu entledigen, mußte das Grundgesetz alle bedeutsamen Notstandsinstitute von Verfassungs wegen ausschließen. Die seitherige Entwicklung in der BRD, in der immer wieder legitime oppositionelle Tätigkeit als Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung bezeichnet wird, bestätigt, daß Gehalt, Wert und Sinn der freiheitlichen Grundordnung heute vermutlich noch weniger begriffen wird als 1949. Bei einem solchen Befund muß mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß eine Notstandsgesetzgebung den endgültigen Übergang in ein Verfassungssystem einleitet, das jedenfalls mit dem Geist des Grundgesetzes nicht mehr in Einklang zu bringen wäre. Welche Tendenzen dabei vorherrschend wären, zeigt das Exempel." [2])

Herbert Lederer

[1]) Herbert Krüger, „Vertrauen als seelische Grundlage der Volksgemeinschaft", Heidelberg 1940 Beweis für die Kontinuität seines Denkens: „Allgemeine Staatslehre", Hamburg 1964 (S. 351 ff, 940)

[2]) zit. nach Seifert/Hartmann, S. 12

Bibliographie zur Notstandsgesetzgebung

Seifert, Jürgen, „Gefahr im Verzuge", Frankfurt 1963

Ridder/Stein „Der permanente Notstand" herausgegeben von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. Göttingen

Abendroth, „Der Notstand der Demokratie" in: Referate der 9. Arbeitstagung der Verteidiger in politischen Strafsachen

Flechtheim, „Gefahren der Notstandsgesetzgebung", neue kritik 14

Hannover, „Der totale Notstandsstaat", Sonderdruck des Verbandes der Kriegsdienstgegner, Offenbach

Seifert/Hartmann, „Zur Kritik der Notstandsgesetzgebung", Frankfurt (SDS) (Neue Stellungnahmen, Vergleiche mit Notstandsregelungen in den Nato-Staaten, umfangreiche Bibliographie)

Buchhandlung an der Universität

Dr. WITSCH

Zwischen Mensa und Universität Köln

An dieser Stelle geben wir ausländischen Studenten die Gelegenheit, sich zu ihren nationalen und internationalen Problemen, die in der westdeutschen Presse aus ideologischen Gründen fast durchgängig verzerrt, ungenau, falsch oder gar nicht berichtet werden, selbst zu äußern.

Indonesiens Austritt aus der UNO

Die Entscheidung Präsident Sukarnos am 7. Januar 1965 für den Austritt Indonesiens aus der UNO ist ein Manifest des revolutionären Willens unseres Volkes. Sie ist nicht zu trennen vom Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neo-Kolonialismus, sie ist Teil des Kampfes aller neuen aufstrebenden Völker (NEFO) gegen die alten absterbenden Kräfte (OLDEFO). Der Austritt Indonesiens aus der UNO bedeutet eine wesentliche Sicherung der indonesischen Revolution, des „self-reliance"-Prinzips aller jungen Völker. Der Schritt Indonesiens soll ihnen ein Beispiel sein für die Aufgabe, sich gemeinsam gegen die UNO und die Manifestationen der OLDEFO in ihrem Namen aufzulehnen.

Der Austritt aus der UNO war kein unüberlegter Beschluß. Er gründet im Prinzip des indonesischen Volkes, daß „die Krönung der Freiheit nicht die Mitgliedschaft in der UNO" ist, besonders nicht dieser. Indonesien trägt seine Unzufriedenheit über die UNO seit mehreren Jahren schon vor. In seiner Rede 1960 vor der Generalversammlung sagte Sukarno: „Die Organisation und Mitgliedschaft des Sicherheitsrates ist eine Widerspiegelung der ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse nach der Weltkarte von 1945." Seit diesem Zeitpunkt also hat Indonesien die Welt auf diesen nicht repräsentativen Charakter des Sicherheitsrates hingewiesen. Dieser negative Zustand der UNO verstärkte sich noch durch die manipulierte Aufnahme von „Malaysia" in den Sicherheitsrat. Sie ist nochmals ein Beweis für den nicht repräsentativen Charakter der UNO und dafür, daß sie sich offen an die Seite des Imperialismus stellt. Die Handlung der UNO steht im Gegensatz zur UNO-Charta, Artikel 23: „Die Generalversammlung wählt sechs nicht permanente Mitglieder in den Sicherheitsrat, mit der ersten Überlegung, welche Beiträge zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit der Mitglieder der UNO schon geleistet haben." „Malaysia" aber ist ein neo-kolonialistisches Projekt des britischen und amerikanischen Imperialismus und hat zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit in Südostasien nichts beigetragen. In den Händen der Imperialisten ist es vielmehr ein Werkzeug zur Unterdrückung der Völker Südostasiens. Deshalb ist es ohne Wahlen in den Sicherheitsrat manipuliert worden.

Die Entscheidung Indonesiens resultiert aus den Erfahrungen seines Freiheitskampfes seit 1945. Sie will die Bereitschaft aller Völker zur Revolution anfachen, den Kampf gegen die Unterdrückung der Menschen durch Menschen. Die Hoffnung, dieses Ziel durch die UNO erreichen zu können, ist endgültig enttäuscht worden. Ihre Handlungen im Dienste des Imperialismus — „Drei-Städte-Kommission", „West-irian" — machen die Verwirklichung des UNO-Programms, „Frieden und Sicherheit" zu erhalten und die „internationale Freundschaft" zu stiften, illusorisch. Der Kampf um die Erhaltung seiner Republik hat das indonesische Volk gelehrt, daß die UNO niemals auf der Seite der unterdrückten Völker Subversion und Aggressionen der imperialistischen Staaten bekämpfen wird. Selbst als Indonesien bombardiert wurde, schwieg sie. Auf ihr Konto kommen ebenso die Teilung Palästinas, die Aggressionen gegen Korea, dessen Süden bis heute besetzt ist. Mit Hilfe der UNO-Truppen haben die Imperialisten die legale Regierung des Kongo gestürzt und Lumumba ermordet. Durch Eingreifen in den Zypern-Konflikt ist die Lage dort noch explosiver geworden. Kuba, dessen Existenz die USA durch militärische und ökonomische Blockade auf die Dauer unmöglich machen, ist noch nie von der UNO unterstützt worden. Sie schweigt ebenso zu den Agressionen gegen Laos, Kambodscha und Vietnam. Sie ist unfähig, die Probleme in Kaschmir zu lösen. Dekolonisation, Arpatheid, Rassendiskriminierung, Abrüstung: Probleme, die die UNO niemals lösen wird, solange sie unter dem Einfluß des Imperialismus steht. Alle Vorschläge Indonesiens, die UNO zu reorganisieren, damit die NEFO in ihr das gleiche Recht bekäme, wurden nicht einmal diskutiert.

Inzwischen haben die Imperialisten überall das Gerücht ausgestreut, Sukarnos Austritt aus der UNO habe dieselben Hintergründe wie der Austritt Hitlers, Mussolinis und Tojos aus dem Völkerbund, daß Indonesien freie Hand bei ihren Agressionen gegen „Malaysia" haben möchte. Jeder aber weiß, daß die Militärbasen um Indonesien herum noch verstärkt werden. Momentan gibt es in Südostasien die größte militärische Konzentration seit dem 2. Weltkrieg. Die USA haben bereits Kriegsschiffe mit Nuklearwaffen an die Küste Ostasiens geschickt.

Das indonesische Volk wird sich durch solch massive militärische Erpressung nicht einschüchtern lassen. Die Freiheit der jungen Völker wird niemals durch Nachgiebigkeit, sondern durch einmütige, kompromißlose Haltung gegenüber dem Imperialismus erlangt. Auch Nuklearwaffen werden die jungen Völker nicht hindern, sich zu befreien!

H. Soeharsono

Bücherstube am Dom

Alle wichtigen Neuerscheinungen
Fachliteratur aller Wissensgebiete
Modernes Antiquariat

HANNS MEYER & CO.

jetzt am Neumarkt

5 Köln, Neumarkt 2, Zeppelinstr.2, Tel.-Sa.-Nr. 23 42 34

Kritische Theorie: Herbert Marcuse

Herbert Marcuse emigrierte unter dem Faschismus zusammen mit Adorno und Horkheimer nach Amerika. Unter dem Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus, der seine Maske bürgerlicher Humanität vollends hatte fallen lassen, und unter dem Einfluß Horkheimers und Adornos durchschaute er bald die Ideologie des Existentialismus seines Lehrers Heidegger, der vor der Entscheidung für die konkrete Situation des Individuums anhielt. Mit der kritischen Theorie von der Gesellschaft, die diese ihm selber durch ihre Entartung in totales Grauen aufzwang, durchbrach er das totalitäre System Heideggers, der die Ohnmacht des Menschen gegenüber der sozialen Wirklichkeit statt in dieser in einem ontologischen Sachverhalt begründete und dem Menschen somit auf immer die Möglichkeit absprach, sein soziales Leben selber zu bestimmen.

Die kritische Theorie hat seit ihrem Beginn eben das Verhältnis zur Philosophie, das sie allen Momenten der kapitalistischen Wirklichkeit nachweist: ein dialektisches. Sie hebt Philosophie insofern bejahend in sich auf, als beiden die historische Entwicklung des Menschen zu seiner vernünftigen und freien Emanzipation der Maßstab ist, den sie an die soziale Praxis legen. Beide stellen sich kritisch zur Wirklichkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in der sie die „bestimmte Negation" des wirklich freien Menschen erkennen. Ihre Überwindung gelingt allein durch die Menschen, die ihre Negation durch die Gesellschaft überholen. Der Bruch zwischen Philosophie und kritischer Theorie geschieht im Übergang von der Theorie zur Praxis, vom Idealismus zum Materialismus. Die kritische Theorie der Gesellschaft ist die Verwirklichung der Philosophie, die in der Theorie lieferte, was in der Praxis auszuführen bleibt. Hegels Konzeption vom dialektischen Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt ist die gesellschaftlich vermittelte Erkenntnis von dem des Individuums zur Gesellschaft, von der Unmöglichkeit, daß der Mensch sich in der antagonistischen Gesellschaft bislang zur eigenen Freiheit emanzipieren konnte. Hegel steht an der Schwelle, wo Philosophie in Gesellschaftstheorie umschlagen muß.

„Vernunft und Revolution", Luchterhand-Verlag, 1962, 260 S.

Marcuse bringt in diesem Buch den Nachweis, daß das revolutionäre Prinzip der Gesellschaftstheorie in Hegels Schriften angelegt war. Durch das dialektische Verhältnis von Subjekt-Objekt zwang Hegel die Philosophie von der abstrakten Natur zur konkreten Geschichte zurück, die er als die Bedingung selbst für das Verhältnis von Subjekt und Objekt erkennt. Die Verkürzung des ethischen Problems auf das Individuum löste dessen Entwicklung von der sozialen Bedingung ab. In dieser ungeschichtlichen Haltung mündete Philosophie immer neu im status quo der Gesellschaft. Mit der Kategorie der Negativität deckte Hegel das Prinzip der Geschichte auf, die sich fortentwickelte nur in der Negation des Vorhergehenden. Die historische Entwicklung des Menschen vollzieht sich nicht in gradlinigem Fortschritt, seine Geschichte ist zugleich die der Entfremdung. Bis in die scheinbar formalsten Momente der Logik hinein vermittelt sich diese Erkenntnis von der Negativität der sozialen Wirklichkeit: „Das Einzige, um den wissenschaftlichen Fortgang zu gewinnen, ... ist die Erkenntnis des logischen Satzes, daß das Negative ebensosehr positiv ist oder daß das sich Widersprechende sich nicht in Null, in das abstrakte Nichts auflöst, sondern wesentlich nur in die Negation seines besonderen Inhalts". Mit der Aufhebung dieser Negation seines besonderen Inhalts, der Entfremdung zum Objekt in die absolute Subjektivität, hypostasierte er die Dialektik zu einem metaphysischen Sachverhalt. Die Geschichte war, da sie im ontologischen, der Wirklichkeit vorgegebenen Prozeß des Seins ihr Vorbild hatte, zu ihrem Ende gekommen, die Philosophie zu ihrer eigenen Negation. Ab nun galt ihr das Besondere, das Individuum, mit dem Allgemeinen, der Gesellschaft, theoretisch und praktisch unter der Direktion des Staates versöhnt.

Die Wahrheit war für Hegel ein Ganzes, das in jedem einzelnen Moment sich reproduzieren muß. Marx, der die ökonomischen Verhältnisse als verantwortlich definierte für die soziale Wirklichkeit, fand im Proletariat das Element, in dem das Ganze nicht gegenwärtig war und das von ihm nicht reproduziert wurde. Er löste die Dialektik von ihrer ontologischen Präformation ab und bewies sie als konstitutives Prinzip des geschichtlichen Prozeses selber. Die Dialektik der sozialen Wirklichkeit gründet in dieser als der Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse. Die Emanzipation des Menschen wird von Marx als vermittelt durch die sozialen und ökonomischen Zustände begriffen. Die Philosophie lebt fort in den ökonomischen Begriffen der materialistischen Theorie, die auf das Ganze des Menschen zielen. Mit ihren ökonomischen Kategorien zwingt sie über den wissenschaftlichen Selbstzweck hinaus, auf den die bürgerliche Analyse Marx gerne festlegen möchte, zur Erkenntnis von der notwendig gewordenen Negation der kapitalistischen Gesellschaft, in der das Verhältnis der Menschen als das von Waren, von Produktion und Konsumtion sich veräußert. Die Freiheit bleibt notwendig so abstrakt wie das Tauschgesetz, dem sie sich subsumiert. Die Entfremdung zur Arbeit und zu sich selbst existiert fort, solange der Mensch seine Existenz, seine Bedürfnisse, seine Verhältnisse zu sich und zur Gesellschaft nicht selbst konstituiert, sondern diese als die Konkretion der ökonomischen Mechanismen ihn. Im Kapitalismus wird das Ganze dem Menschen vorgegeben, statt sich vor ihm auszuweisen.

Gegen die kritische Theorie konnte sich der Kapitalismus bis zum scheinbaren Ewigkeitswert verfestigen, nicht zuletzt durch die Assistenz des Positivismus und Relativismus der Soziologie und der bürgerlichen Kunst. Soziale Erscheinungen, so fordert die Objektivität des Positivismus, sollen nur isoliert und rein empirisch betrachtet werden. Das, was vorgängig erst vom Menschen produziert wurde, wird verkürzt auf neutrale Zeichen, die sich ihm nun abstrakt, als gleichsam objektiver Naturprozeß, entgegenstellen. Die Wahrheit, die der Positivismus durch seine Methode erreicht, ist notwendig ideologisch, weil sie das Ganze als wahr voraussetzt. Zur absoluten Wahrheit wird, was gerade als ideologische existiert. Da der Idee der bürgerlichen Freiheit die sozialen Verhältnisse ihren ideologischen Charakter täglich vorhielten, mußte wie die Soziologie in den Positivismus, die Kunst sich in die Innerlichkeit zurückziehen.

„Kultur und Gesellschaft I", Edition Suhrkamp, 1965, 177 S.

Das Bürgertum konnte das Volk, das seinen Platz in der sozialen Öffentlichkeit ebenso beanspruchte, abweisen nur, indem es als die einzigen Werte die innerlichen definierte, die Effektivität der sozialen Emanzipation für die humanitäre leugnete. Kultur und Zivilisation als geistige und materielle Reproduktion des Lebens wurden als desparat erklärt, die „affirmative Kultur", wie Marcuse die so vom totalen Lebensprozeß abgespaltene nennt, forderte eine apolitische Haltung, die letztlich die politische derer war, die sich gezwungen sahen, vom öffentlichen Engagement abzulenken. Die Idee des Geistes und der Freiheit wurde jenseits der Geschichte und gegen sie aufbewahrt, wo längst davon nicht mehr die Rede sein konnte. Aus dieser Haltung drängt sie zur Theorie, daß die gesellschaftlichen Antagonismen natürliche seien, dem Zugriff des Menschen entzogen. Obgleich die Polemik für den totalen Staat sich gegen die liberalistische für die Innerlichkeit richtete, war in der affirmativen Kultur das Ferment, auf das die faschistische Theorie aufbauen konnte. Ihr Unterschied war der von Individualkapitalismus und Monopolkapitalismus, von der ideologischen Freiheit der Konkurrenz zur dirigierten, bzw. konzentrierten. Da die vom Faschismus geforderte politische Haltung nichts anderes intendierte als die restlose Unterwerfung unter den Staat, muß der Totalitarismus eben der Mittel sich bedienen, deren die deutsche Kultur sich bediente: die Verabsolutierung der sozialen Verhältnisse zur Ewigkeit, zum Mechanismus jenseits des Menschen und die brutale Heroisierung des Opfers als des einzigen Wegs, zur Sittlichkeit zu gelangen. Und auf

eben dieser ökonomischen Basis, auf der der Liberalismus und Faschismus existierte, baut sich heute der westliche Demokratismus auf, der aufgrund seiner technologischen Entwicklung den Menschen und seine „Kultur" noch perfekter unter seine Herrschaft gebracht hat. Die Entscheidung über Krieg wird immer noch nicht von denen gefällt, gegen die er sich richtet, in der Kultur und Wissenschaft wird eben das reproduziert, was die Herrschaft als das gesellschaftliche Ganze ausgibt: sich und die Notwendigkeit eines gut funktionierenden Konsums. Statt zu entscheiden wird der Mensch gezwungen, sich zu bescheiden.

Die Absicht, den status quo der bestehenden Gesellschaft durch den Nachweis ihrer Negativität zu verändern, lenkt den Blick der kritischen Theorie auf die Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, dies bereits vollzogen, bzw. das Fundament gelegt zu haben, auf dem dies vollziehbar wird.

„Die Gesellschaftslehre des Sowjetmarxismus", Luchterhand-Verlag, 1964, 260 S.

Der Analyse Marcuses, die auf kurzem Raum sich kaum zusammendrängen läßt, ist man im Westen und im Osten nicht recht froh geworden. Die kritische Theorie, die von der Ideologie sich frei halten will, wird allemal mit dieser zusammenstoßen. Der Maßstab, den Marcuse an die sowjetische Theorie und Praxis legt, ist nicht der schülerhafte und doktrinäre, den man gewöhnlich den Verhältnissen in der UdSSR von außen auferlegt. Danach muß ohnehin alles negativ erscheinen, was mit dem Kapitalismus nicht identisch ist. Marcuse leistet die immanente Kritik, die sich am Prozeß der sowjetischen Geschichte, an dem Anspruch der Theorie und ihrer Leistung orientiert. Die Entwicklung der UdSSR sieht er wesentlich durch deren antagonistische Stellung zur kapitalistischen Umwelt determiniert. Die Notwendigkeit, den Erfolg der Revolution gegen den Westen zu verfestigen durch zunehmendes wirtschaftliches Potential, führte zur Verkürzung auf die Lenin'sche Formel, daß Sozialismus Elektrizität sei. Alle innenpolitischen und außenpolitischen Entscheidungen (auch des Westens) erhellen sich aus dieser Perspektive. Der Lehrsatz, daß die Revolution durch den Kampf gegen den Kapitalismus siegen werde, wurde bereits unter Lenin und beharrlich auch unter Stalin vergessen. Umso eher betonte man den anderen Lehrsatz, daß der Kapitalismus an seinen eigenen inneren Widersprüchen scheitern würde. Die Sicherheit für den Sozialismus müsse in der ansteigenden Produktivität aufgesucht werden. Ihre Anstrengung, zu einer ebenbürtigen Position aufzusteigen, bewirkte gerade das, was die UdSSR am meisten fürchtete: den Zusammenschluß des Westens zu einem riesigen Kartell, der die Verwirklichung der These, der Kapitalismus werde durch internen Krieg sich selbst zerstören, praktisch unmöglich macht. Die Sicherung ihrer internationalen Position führte innenpolitisch zur Verhärtung der Produktivitätsideologie, zur Verabsolutierung des Staates, zur abstrakten Stellung der Bürokratie und zu ähnlicher Herrschaft der Technologie über den Menschen wie im Westen. Marcuse definiert dieses Element nicht als irgendeinen irrationalen Selbstzweck, aus dem alle politischen Entscheidungen abgeleitet werden könnten, sondern als Resultat. Er spekuliert nicht, daß diese negativen Züge notwendig abgeschafft werden, wenn die außenpolitische Situation es erlaubt, aber ebensowenig spekuliert er, daß sie sich auf alle Zeiten verselbständigen müssen. In den jüngsten Entwicklungen der UdSSR sieht er diese Möglichkeit. In der sowjetmarxistischen Ethik, der Marcuse den zweiten Teil widmet, reproduzieren sich die außen- und innenpolitischen Verhältnisse. Solange die res publice nicht die res der Individuen ist, die unmittelbaren Produzenten nicht ihre Bedürfnisse bestimmen, „muß die Harmonisierung der privaten Sexualmoral mit der politischen Moral, mit der res publica repressiv sein". (229)

Die Frage, ob die gegenwärtige Struktur des Sowjetsystems die Verwirklichung der wahren Marx'schen Theorie möglich macht, entscheidet sich nicht zuletzt in deren fortgesetzten Verbreitung auch im Westen. So entbindet Marcuse die kritische Theorie nicht von der Aufgabe zur Utopie. Vielmehr sieht er sich durch die scheinbare Immunität der westlichen Welt zu ihrer noch radikaleren Negation

verpflichtet, als die Marx formulierte. In der totalitären technologischen Gesellschaft ist „Freiheit nur noch denkbar als Autonomie über das Ganze des Apparates und dazu gehört die Freiheit, ihn zu reduzieren oder als Ganzes zu rekonstruieren (... Kultur S. 16). Hierin liegen die Bedingungen, den Menschen von der repressiven Kultur zu befreien.

G. Matthiessen

„Eros und Kultur", Ernst Klett-Verlag 1957, 264 S.

Daß Kultur alle Möglichkeit zur Freiheit versage, war Sigmund Freuds entschiedene Resignation, Herrschaft erscheint ihm unaufhebbar, da letztlich Unterdrückung Fortschritt garantiert. Verfügung als Genesis ihrer Macht verschweigt denn die Frage, wieweit Kultur eigentlich belohne, was zunehmend sie erzwingt, Verzicht auf Glück.

Freuds These von der repressiven, d. h. unterdrückenden Kultur, stützt sich auf die Entdeckung der noch in der archaischen Erbschaft des Ich manifestierten Struktur von Zwang und Verdrängung, der historisch verhärteten Kompromisse zwischen Lustprinzip und Realitätsprinzip, zwischen Freiheit und Notwendigkeit. Was Natur im Kampf ums Leben noch notwendig forderte, unversöhnt erkannte der Mensch es als Zwang. Erst Herrschaft gelingt es, zum Zwecke ihrer Erhaltung, zusätzliche Unterdrückung ideologisch zu verklären in Sinn. Was Anpassung nicht zähmt, als unausgenutzte Triebenergie materialisiert es sich in Destruktive, in individuelle und allgemeine Aggressivität, in Sadismus und Massenmord, Heroismus und etablierte Moral. Allein Phantasie verfolgt zäh das Urbild seiner Freiheit ohne Schuld und Angst. Reglementiert gerät sie zum Konsum „musealer" Kunst und konfektionierter Sexualität, tabuisiert zu Perversion und Utopie.

Freuds Theorie einer unaufhaltsamen Entfremdung und Vergesellschaftung des Menschen, seiner Vorstellung vom Apparat, der, gespeist von der Umformung libidinöser Kräfte, nichts mehr zu fürchten hat als deren Befreiung, der These einer repressiven Kultur konfrontiert Marcuse die Möglichkeit einer Gesellschaft ohne Unterdrückung. Sind die Triebe, wie Freud nachweist, historisch geformt durch das jeweils geltende Realitätsprinzip, so ergibt sich, daß unter Bedingungen, die seine Notwendigkeit aufheben, die Befreiung libidinöser Kräfte möglich wäre. Der Reifegrad einer hochindustrialisierten Gesellschaft erfüllt die Voraussetzungen, den Kampf ums Dasein technisch zu lösen, die Selbstentfremdung des Menschen in der Arbeit aufzuheben, Freizeit und Lust vom Konsumdiktat zu befreien, Arbeit selbst umzuformen in ein System individueller Bedürfnisse und libidinöser Beziehungen. Bisher gebundene Energien würden frei zu einer Erotisierung der Sexualität, die, erlöst vom Zeugungszwang, der Norm zugebilligter Genitalübungen, zurückkehren könnte in ein freies Spiel von Bedürfnis und Befriedigung, jenseits vom Leistungsprinzip und dem Supremat der Zwecke. Der Gedanke einer ästhetischen Erziehung, wie ihn Schiller formuliert, wie er in der Kritik der Urteilskraft bei Kant als Vermittler von Sinnlichkeit und Vernunft erscheint, bliebe nicht länger idealistische Spekulation, sondern Verwirklichung der Vernunft in einer Vernünftigkeit der Sinne.

Eine Gesellschaft jedoch, die sich in der Institutionalisierung ihrer Interessen auf die Garantien einer amputierten Vernunft beruft, deren Fortschrittsglaube Produktivität ist, verdunkelt die Aussicht auf eine solche Lösung. Angesichts einer Entwicklung, die zunehmend den Bereich individueller Freiheit ins Kontrollschema des guten Funktionierens zwingt, sieht Marcuse die Gefahr, daß die letzte Grenze zwischen autonomen und öffentlichen Prozessen zu schwinden beginnt. Nicht mehr kann Psychologie zur Analyse sozialer und politischer Vorgänge dienen, deren Begriffe bereits vom System kalkuliert sind. Mehr als je, sagt er, hänge die Heilung persönlicher Störungen von der Gesamtstörung ab. Therapie als bestenfalls Heilung zum alltäglichen Unglück versucht heute ethisch aufzumünzen, was schlicht als nützlich sich erweist, Anpassung an ein System, das fähig wäre, sich selbst zu befreien vom Monopol einer „Vernunft", die glanzvoll vergeudet, endlich das leisten sollte, was sie sich zu leisten glaubt, Kultur.

Mare Becker

Buchkritik:

„DER AUFGEKLÄRTE EROS" Alex Comfort, Szczesny-Verlag, 227 Seiten

„Angesichts der aktuellen und potentiellen Schäden, die gegenwärtig der Menschheit von ihren Verwaltern angetan werden, hat das Sexuelle Schutzbdürfnis etwas Irres, aber die Zahl derer ist geringer, die es wagen, das offen zu sagen, als selbst derjenigen, welche gegen so hochansehnliche gesellschaftliche Einrichtungen wie den bakteriologischen und den Atomkrieg protestieren." (Adorno, Sexualtabus heute in „Sexualität und Kriminalität", S. 310). Der englische Soziologe Alex Comfort wagt es, der Szczesny-Verlag leistet sich die Veröffentlichung.
Noch vor 60 Jahren verletzten die nackten Knie eines Tiroler Zitherspielers das Schamgefühl seiner süddeutschen Zuschauer. Syphilis zählt noch heute als Strafsanktion für verbotene sexuelle Lust. Empfängnisverhütung, Homosexualität, vorehelicher Verkehr, Masturbation, Sexualität an sich unterliegen auf breiter Ebene konfessionell-staatlich kooperativer Repression: das Tabu erfährt in der pluralistischen westdeutschen Gesellschaft alle Variationen. Der „Anti-Baby-Pille" folgen Flüsterkampagnen mit dem Ziel, „die Öffentlichkeit durch Wahl der Anspielungen auf Krebs und mißgestaltete Kinder vom Gebrauch dieser Mittel abzuhalten. Niemand kann so gewissenlos sein wie die Frommen." (S. 216), die Geschlechtsverkehr als immer noch einzige ratio des „Gott-einen-kleinen-Christen-Schenken" sehen. Bliebe es nur bei einigen Dorfpriestern, die ihre „freiwillige" Lustenthaltsamkeit auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt sehen wollten, lohnte sich kein Kampf gegen sie und ihre anachronistischen Ideen. So verbergen sich aber hinter Kampagnen gegen wissenschaftliche Aufklärung, gegen Befreiung der Sexualität, für Aufrechterhaltung religiös-nazistischer Sexualideologien die Interessen einer Herrschaftsorganisation, für deren Träger Triebunterdrückung nicht nur biologische, sondern soziale Notwendigkeit ist. In der Betonung dieses gesellschaftlich relevanten Aspekts liegt der besondere Wert dieser Arbeit. Adornos These, daß „sexuelle Freiheit in einer unfreien Gesellschaft sowenig wie irgendeine andere zu denken" (Adorno S. 301) ist, erfährt Illustration. Comfort entlarvt, wie jede Form sexuellen Verhaltens als unmoralisch verpönt wird, die von der durch die religiös-kulturelle Konvention gesetzten Norm abweicht. „Falls das nicht ausreichte, die Sexualität in Schach zu halten, wurde sie als verderblich und ungesund deklariert." (16) Ein Buch, das den Strafgesetzgebern, so sie überhaupt rezeptionsbereit sind, zeigen würde, daß Sexualmoral und — gesetzgebung sich nicht in autoritär-irrationalen Verbotsmaßnahmen erschöpfen darf. -led-

„MODELLE FÜR EINE NEUE WELT", Desch-Verlag
Herausgeber: Robert Jungk, H. J. Mundt, I.-III. Band

In einer Gesellschaft, in der Wissenschaft zur affirmativen Staatsinstitution degeneriert, Freiheit auf die von den Herrschenden benötigte Freiheit des Konsums und akklamativer Wahl der durch Verbot, Monopolisierungstechniken etc. auf drei nur graduell unterschiedliche Parteien reduziert ist, vermag eine neue Buchreihe leider nicht das ihr zukommende Interesse finden. „Modelle für eine neue Welt" — schon allein der Titel wirkt suspekt, intendiert das Modellieren einer neuen, doch die Negation der alten Welt. Es fordert Änderungen der bestehenden Herrschaftsstruktur und das in einem Augenblick, in dem es den Herrschenden gelungen ist, unter dem Schleier technologischen Fortschritts ihr wahres Gesicht der Herrschaft zu verhüllen und dies totale System auch ohne Terror und offene Diktatur zu entwickeln, aus dem dreifachen Grund „einer überströmenden Produktivität, eines die inneren Gegensätze ausgleichenden äußeren Feindes und einer undurchschaubaren Rationalität und Leistungsfähigkeit." (1)
Schon die ersten drei der auf 15 Bände geplanten Reihe, die je 19 bis 20 Beiträge enthalten, lassen die Absicht erkennen, „die motorische, unruhestiftende, revolutionäre Rolle der sozialen Phantasie zu betonen", wie Herausgeber R. Jungk formuliert. H. J. Mundt: „Verantwortung erfordert Erhellung, Transparenz, Überprüfbarkeit, Korrekturmöglichkeit und entsprechende Flexiblität ... »Keine Experimente« würde hier nicht nur Stagnation, Marasmus des Geistes und der Phantasie, ja Würdelosigkeit des Menschen bedeuten, der sich nur noch als Konsument — dieses moderne Analogon des Untertan — an der glatten Abwicklung der Ratenverpflichtungen orientiert." (I S. 39)

Wie ernst die Enttabuisierungsabsicht von Verlag und Herausgebern genommen wird, zeigt die Aufnahme marxistischer Themen und Autoren. „Planung und klassenlose Gesellschaft — Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft" heißt Prof. Abendroths Beitrag, der die Beschränktheit liberal-kapitalistischer Planung in ihrem persönlichen Bezug auf den Unternehmer, ihren inhaltlichen auf dessen Profiterzielung nachweist und als rationales Planungsziel die optimale Befreiung des Menschen fordert. „Die Entwicklung dieser Problematik ist umso dringlicher geworden, als die Geschichte durch die Entwicklung durch Atomkraft und Automation und das Erfordernis rascher Hilfe für den industriellen Aufbau ehemals kolonial beherrschter Nationen und heute noch neokolonialabhängiger Länder, die internationalisierte Planung in Richtung auf eine nicht mehr antagonistische, also klassenlose Gesellschaft zur Bedingung für die Erhaltung der Zivilisation und für die Vermeidung politischer Katastrophen zu machen droht".

Zur sexuellen Emanzipation der Jugend — ein Bestseller bei den Studenten Englands.

227 Seiten
Leinen DM 18,—

„Das im Szczesny Verlag erschienene Buch des englischen Biologen und Soziologen Alex Comfort gehört mit an die Spitze der etwa seit dem Tode Sigmund Freuds publizierten Werke, die sich mit dem Sexualleben befassen ...

Man muß weit suchen, um ein soziologisches Buch zu finden, das dem Comfort'schen in der Klarheit des Tonfalls ebenbürtig wäre ...

Wenn es ein Bestseller würde, zum Beispiel in der Bundesrepublik, dann wäre das ein moralischer Erfolg ..."

DIE WELT DER LITERATUR

Szczesny Verlag München

Ossip Karl Flechtheim („Politik und Intelligenz"), Pierre Berteaux („Denkmaschinen und Planung").

Internationale Wissenschaftler berichten im zweiten Band „Wege in neue Jahrtausend" über Stand und Intention der Planungsmethoden in Ost und West, so u. a. Bernard Cazes, Paris, Richard Lang, Zagreb.

Der dritte Band „Deutschland ohne Konzeption: analysiert die verschiedensten, spezifisch deutschen Tabus, um mit Hilfe dieser, aus den Gegebenheiten der Gegenwart entwickelten Analyse „Die Zukunft als Tabu", wie Walter Dirks Beitrag überschrieben ist, anzugreifen.

Der neue Entwurf des Strafgesetzbuches, der das StGB von 1871 ablösen soll, wird auf seine Reformbedürftigkeit von Professor Baumann und Generalstaatsanwalt Fritz Bauer untersucht. Realitätsfremd, in Marx und Freud „Kränkungen ihres Selbstwertgefühls und Verletzung ihrer Eigenliebe" erblickend, bewegen sich die Gesetzgeber in schwindelnder Transzendenz, im Bereich abendländischer Theologie und schaffen sich — die Erfahrungen der modernen Psychiatrie und Anthropologie negierend — ein hochgestapeltes Menschenbild, das mit der gesinnungsethischen Meßlatte: Strafe anzugehen ist.

Die Defektstruktur unseres städtischen Zusammenlebens, die „mangelhafte Planung, die geist- und rücksichtslose Auffüllung von Baulücken" fördert antisoziale Reaktion. In seinem Beitrag „Planen für die Freiheit" weist Professor Alexander Mitcherlich nach, daß die Ursache dieser Defektstruktur in der antisozialen Verfügungsfreiheit über Grund und Boden liegt. Eine Umkehrung der Eigentumsverhältnisse ist Voraussetzung für eine Planung, die nicht in Privategoismus und Phantasielosigkeit erstickt, für eine Planung, deren Ergebnis Städte „mit zur Gemeinschaft zwingender Umwelt — individuelle Freiheit gebende(r) Umwelt" sind. Weitere Beiträge: Helmut Lindemann („Zwischen Null und Nichts"), Fritz Vilmar („Neuordnung der Wirtschaft"), Albrecht von Kessel („Geplante Außenpolitik"), Gösta von Uexküll („Können wir überleben?").

Zu hoffen bleibt, daß diese Reihe vor allem von denen gelesen wird, die diese Erkenntnisse an die gesellschaftliche Kraft vermitteln, ohne die gesellschaftliche Änderung nicht denkbar ist, die Arbeiterschaft. -led-

[1]) H. Marcuse, Freiheit zu oder von, III. Programm WDR

„LOHNPOLITIK HEUTE", Kohlhammer-Verlag, 166 Seiten

Eine „Auseinandersetzung", die der „Versachlichung der Lohnpolitik" dienen soll. Sie findet statt zwischen Dr. H. Ehrenberg (Dozent an der Sozialfachschule in Düsseldorf), der im wesentlichen die DGB-Position vertritt, und Dr. F. Spiegelhalter (bis 1963 volkswirtschaftlicher Berater der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände). In zwei Aufsätzen versuchen sie, dem Lohnproblem beizukommen, wobei sich die „Auseinandersetzung" schon deshalb als Spiegelfechterei erweist, da beide von der gleichen Voraussetzung ausgehen: Löhne gleich Kosten. Von diesem Standpunkt aus haben natürlich die Argumente Dr. Spiegelhalters größere Berechtigung. Dr. Ehrenberg muß sich, da die Gewerkschaften nicht mehr willens sind, dem Kapital „expansiv" höhere Löhne durch Kampf abzutrotzen, an den Staat mit der Bitte wenden, „unsoziale" Auswirkungen des wirtschaftlichen Liberalismus zu verhindern. Er erkennt nicht, daß der Lohn ein gesellschaftliches Verhältnis ist, der die einseitige Abhängigkeit der Arbeitenden zugunsten der Mehrwertbildung des Unternehmers verhüllt, und daß kein „Staat" in der Lage ist, dieses Verhältnis aufzuheben. -bes-

Vorurteil

Das Resultat des „Allportexperiments" zwingt endgültig zur Erkenntnis, daß Vorurteil sich nicht im positivistischen Sinn der Psychologie auf die austauschbare Irrationalität des Einzelnen verkürzen läßt. Aus der Ermordung eines Negers durch einen Polizisten wird nach zwölf mündlichen Berichten die Ermordung eines Polizisten durch einen Neger. Das auf Stereotype festgelegte Bewußtsein kann nicht mehr denken, was die Herrschaft und Gewohnheit ihm verbietet zu denken. Allein das erscheint als Wahrheit, auf das man pausenlos festgelegt wird. Zuschauer am Broadway beklatschen bei „Warten auf Godot" ihren eigenen Untergang. Kultur wird auch da noch kommensurabel gemacht, wo sie der Sache nach inkommensurabel geworden ist. Amerikanische Arbeiter legen ihre Arbeit nieder „except military cargos". Sie sind bereits zu solcher Leistung des Vorurteils manipuliert, daß sie glauben, ihren eigenen Untergang weiterproduzieren zu müssen, um leben zu können. Das Vorurteil ist dieser Gesellschaft zur Existenzbedingung geworden, da sie sich nicht anders erhalten kann, als die irrationalen Momente, die beim Einzelnen zum Vorurteil führen, zu rationalisieren: durch die systematische Erziehung zum unauflösbaren Widerspruch. Der Zwang, die Gefahren des Alltags — Rauchen, Autofahren — ständig zu relativieren oder zu verdrängen, reproduziert im Individuellen, was gesellschaftlich Prinzip ist und konsequent in die alltäglichen Denkstrukturen hinein vertrieben werden muß, damit durch den Erfolg im Detail der des Ganzen geleistet wird. Die Sicherung des eigenen Lebens wird dahin verstanden, daß man sich restlos der Unsicherheit übergibt. Das atomare Überpotential wird demonstriert als Bedingung des Friedens. In ihrer totalen Sinnlosigkeit unternimmt es diese Gesellschaft, noch Sinn zu unter-

MODELLE FÜR EINE NEUE WELT

Herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt

Diese neue Buchreihe schließt auf dem Gebiet der Zukunftsgestaltung eine fühlbare Lücke. Sie befaßt sich mit Problemen moderner Politik und Wissenschaft. Hauptaufgabe der Sammlung ist es, für die dringendsten Zukunftsaufgaben durch erstrangige Wissenschaftler, Forscher, Experten und Publizisten Modelle entwickeln zu lassen, die die Phantasie der Leser anregen und auf diese Gemeinschaftsaufgaben hinlenken.

Die ersten vier Bände sind erschienen

DER GRIFF NACH DER ZUKUNFT
Planen und Freiheit — Band 1
528 Seiten. Leinen DM 24,—

WEGE INS NEUE JAHRTAUSEND
Wettkampf der Planungen in Ost und West — Band 2
568 Seiten. Leinen DM 24,—

DEUTSCHLAND OHNE KONZEPTION?
Am Beginn einer neuen Epoche — Band 3
528 Seiten. Leinen DM 24,—

UNSERE WELT 1985
Entwürfe von hundert Wissenschaftlern und Technikern aus fünf Kontinenten — Band 4, Sonderausgabe
480 Seiten. Leinen DM 28,—

Fordern Sie bitte den ausführlichen Sonderprospekt an.

VERLAG KURT DESCH

stellen. Wie beim Allportexperiment verkehren sich alle Tatsachen in ihr Gegenteil: Abrüstung wird Untergang.

Dem sachfesten Argument wird totale Austauschbarkeit attestiert, wenn nur das Resultat gesichert bleibt. In der Diskussion um die Todesstrafe lautete die Formel: es ist zwar bewiesen, aber ich meine. Und dies meinten Professoren. Hier ließe sich lachen, wäre Lachen nicht der sicherste Träger von Vorurteil. Dem Lachenden alliiert sich die Vorstellung, daß es so schlimm nicht sei, solange es zu lachen gibt. Globales Grauen wird verdrängt, indem man seine Träger karikiert. Als ob nicht das kapitalistische System noch die funktionalisiert, die es lenken. Als ob ein Politiker nur abgeschafft zu werden braucht, damit sich etwas ändere. Die Liquidierung von Strauß ist nötig, aber solange irrelevant, als sie nicht die Sache selbst betrifft, die ihn ermöglicht. Die Hoffnung Kennedys, der Krieg sei von Menschen gemacht und von diesen eben zu verhindern, bleibt solange naiv, als er nicht die Entscheidung darüber im destruktiven Prinzip des Kapitalismus bekennt, dessen Existenz sich heute allein dadurch sichert, daß er sein Kapital in Rüstung investiert, statt in gesellschaftlichen Reichtum. Krieg, bislang als Naturprozeß tabuisiert, wird nun der Notwendigkeit halber psychologisiert. Das Interesse an der Sache wird so an die Personen delegiert, als seien die frei und ihre Aktionen nicht unterschiedslos von der Sache diktiert.

Sozialpsychologie hätte davon auszugehen, daß heute sich der Mensch der Reklame als dem veräußerlichten Prinzip des Kapitalismus assimiliert statt diese sich ihm. Sie richtet sich nicht nach der psychischen Struktur des Menschen, sondern konstituiert sie zuvor. Die Freiheit ist heute die zum Konsum oder die zur Neurose, die die institutionalisierte Psychologie eifrig wieder einkassiert. Zu seiner eigenen Schwäche und zu seiner Autoritätshörigkeit bringt sie ebenso wie Reklame den Menschen, indem sie seine Identität mit sich immer neu verhindern. Nur in der Gruppe noch fühlt er sich stark: wir Deutschen. Die innere Schwäche zwingt, den Gegner zu suchen, um in der „Vorwärtsverteidigung" die eigene Schwäche zu relativieren. An ihm bemessen, möchte die eigene Schuld sich in Unschuld verkehren. Der psychologische Status ist erreicht, in dem Herrschaft restlos über Menschen verfügen kann und verfügt. Die innere Schwäche des Menschen reproduziert getreu die des Kapitalismus, dessen Ohnmacht als Macht erscheint, in dem Rationalismus die Umkehrung dessen ist: Irrationalismus. Gesellschaft und Vorurteil werden in ihm identisch. Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Recht sind hier nur deren Vorurteile.

Mit der Verdinglichung des Menschen zum Objekt der ökonomischen Manipulation geht einher auch die der Kommunikation. Das, zu dem die Sprache erst aus ökonomischer Erwägung reduziert wurde, erhebt nun den Anspruch, das allgemein verbale Bedürfnis des Menschen zu sein. Die Produktion, auch die der Sprache, erzwingt die „freiwillige" Konsumtion. Außerhalb des Sprachklischees genügt nichts dem Anspruch des objektiven Arguments. Es verfällt dem Verdikt des Manirierten ebenso wie dem, die allgemeinen Bedürfnisse, das heißt die gesellschaftliche Ideologie verfehlt zu haben. Objektiv ist allemal nur, was die Erscheinung neutral reproduziert und die allgemeinen Zusammenhänge verschweigt. Das Ganze der gesellschaftlichen Momente ließe sich wie die Natur nur annähernd und im Detail erkennen. Die verhinderte Erkenntnis des wahren Sachverhalts soll dessen Überwindung verhindern. Dieses letzte Vorurteil noch gilt es zu zerstören.

m n

edition suhrkamp

jeder Band 3 Mark

Die neuen Bände:

Januar

97 **Nossack, Hans Erich:** Das Mal und andere Erzählungen
Inhalt: Das Mal; Die Schalttafel; Am Ufer. „Nossacks Sprache ist die Sprache des Geheimnisses." Die Zeit

98 **Eliot, Thomas Stearns:** Die Cocktail Party
Unter der vielschichtigen Konversation dieser Gesellschaftskomödie liegt das antike Muster der Alkestiade.

99 **Lefèbvre, Henri:** Probleme des Marxismus, heute. Erstausgabe
Der Autor, Marxist und Soziologe, lehrt an der Universität Straßburg. Seine Studie erläutert die Lehre von Marx und ihre Anwendbarkeit auf die zeitgenössische Gesellschaft.

100 **Johnson, Uwe:** Das dritte Buch über Achim
Die Tragödie der deutschen Spaltung, dargestellt am Leben eines mitteldeutschen Radrennfahrers.

Februar

101 **Marcuse, Herbert:** Kultur und Gesellschaft 1. Erstausgabe
Inhalt: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung; Über den affirmativen Charakter der Kultur; Philosophie und kritische Theorie; Zur Kritik des Hedonismus.

102 **Shaw, George Bernard:** Cäsar und Cleopatra. Erstausgabe
In der neuen Übertragung von Annemarie und Heinrich Böll. Die 1898 entstandene historische Komödie ist, nach Siegfried Melchinger, der erste Versuch, die Historie modern zu erzählen.

103 **Benjamin, Walter:** Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze
Nachwort von Herbert Marcuse. Inhalt: Über das Programm der kommenden Philosophie; Zur Kritik der Gewalt; Schicksal und Charakter; Geschichtsphilosophische Thesen; Theologisch-politisches Fragment.

104 **Dalmas, André:** schreiben. Erstausgabe
„Histoire d'écrire" ist das erste Buch des Autors. Ein Mann erfährt vom Tod seiner Geliebten und sucht in seiner Erinnerung die Vollkommenheit, die seine Sprache ausdrückt.

Hurra –
gewonnen
und außerdem
gespart
SPRENGER
PS
durch
PRÄMIEN
SPAREN
bei der
SPARKASSE DER STADT KÖLN
HAUPTSTELLE HABSBURGERRING 2-12 · ZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN